

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947**

35 (17.10.1947)

# Süddeutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 2.20, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM 0.20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr).

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.50; Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 2.—, Amtl. Anzeigen 50 % Nachschl.

1. Jahrgang / Nummer 35

Freitag, den 17. Oktober 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

## Bidault warnt die Sowjetunion

Paris, 16. Okt. (AP) Frankreichs Außenminister George Bidault erklärte als Warnung an die Sowjetunion, daß Frankreich möglicherweise seine Besatzungszone in Deutschland mit der anglo-amerikanischen Zone vereinen werde, wenn die Londoner Außenministerkonferenz nicht die Wirtschaftseinheit Deutschlands sicherstellt. In einer überfüllten Pressekonferenz vor ausländischen und französischen Korrespondenten wiederholte Bidault seine Worte, daß das Londoner Treffen die „letzte Chance“ der großen Alliierten sei, in der deutschen Frage zu einer Einigung zu kommen. Sollte die Londoner Konferenz ohne Ergebnis verlaufen, so müsse Frankreich seine gesamte Deutschlandpolitik einer erneuten Prüfung unterziehen.

## Eine „freie“ deutsche Armee

New York, 16. Okt. (Dena-INS) Die „New York Times“ zitiert in ihrer Donnerstag-Ausgabe Andeutungen offizieller amerikanischer Quellen dahingehend, daß in der Sowjetunion eine freie deutsche Armee von über hunderttausend Mann gebildet werden soll. Diese solle nach dem Abschluß des Friedensvertrages oder nach der Räumung Deutschlands durch die alliierten Truppen einer kommunistischen Regierung dienen. Die Kommandeure der Armee sind angeblich die ehemaligen deutschen Generale Friedrich von Paulus und Walter von Seydlitz.

## Dinter erhält 1000 RM Geldstrafe

Offenburg, 16. Okt. (Dena.) Der Nazischlichter Arthur Dinter wurde von der Strafkammer des Landgerichts Offenburg wegen Beleidigung der Schriftleitung der Zeitschrift „DND“ (Die neue Demokratie) zu 1000 RM Geldstrafe oder ersatzweise 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Dinter hatte am 4. Juli 1946 einen Brief mit beleidigendem Inhalt an die Schriftleitung der „DND“ geschickt, weil sie seinen Protest gegen die Wegnahme seines Thüringer Landhauses durch die Besatzungsmacht angeprangert hatte.

## 50 000 Akten

München, 16. Okt. (Dena.) Eine Kommission der Sonderministerien der drei Länder der amer. Zone Deutschlands ist, wie Staatssekretär A. D. Camille Sachs mitteilte, im Nürnberger Gerichtshaus mit der Sichtung sämtlicher noch unbeschrifteter Akten beschäftigt. — Es soll festgestellt werden, welche dieser Fälle nach Beendigung der Tätigkeit der Militärgerichte durch deutsche Justiz- oder Entnazifizierungsbehörden behandelt werden können. Die Zahl der Akten beläuft sich, wie Staatssekretär Sachs erklärte, auf über 50 000.

## Eine sechste Partei

Stuttgart, 16. Okt. (Eig. Ber.) Als sechste Partei wurde durch die amerikanische Militärregierung in Stuttgart die „Arbeiterpartei“ zugelassen. Als ihre Zielsetzung wird nach den Worten eines ihrer Gründer, des Verlagsleiters der Stuttgarter Zeitung Albert Schmidt — die Durchführung eines konsequenten Sozialismus und Marxismus bezeichnet, die sich nach dem Versagen der SPD u. KPD als notwendig erwiesen habe. Die Verwaltung der Partei liegt in den Händen eines zwölköpfigen Ausschusses.

## Eigenerzeugung und USA-Importe

Stuttgart, 16. Okt. (Eig. Ber.) Einer Aufstellung des Landwirtschaftsministeriums von Württemberg-Baden für Normalverbraucher der 105. Zuteilungsperiode ist zu entnehmen, daß der Bedarf an Brot sich auf 20 133 Tonnen beläuft, wovon 546 Tonnen aus eigener Erzeugung aufgebracht werden konnten, während 14 587 To. (73 Prozent) als Anteil der US-Importe zu verzeichnen war, was einer täglichen Menge von 209 g pro Normalverbraucher gleichkommt. — Entgegen der vorgesehenen Ration von 209 g Butter pro Kopf gelangten nur 159 g zur tatsächlichen Ausgabe. Der Gesamtbedarf konnte demzufolge aus eigener Erzeugung gedeckt werden. — Ebenfalls aus eigener Erzeugung wurde der Bedarf von 229 To. Käse, 800 To. Fleisch, 1011 To. Fisch und 2749 To. Milch befriedigt. Dagegen wurde der Nährmittelbedarf, der sich auf 2050 To. beläuft, nur zur Hälfte aus eigenen Mitteln, die übrigen 53 Prozent, d. h. je 22 g täglich pro Normalverbraucher, mußten aus der USA eingeführt werden.

Bel einem Gesamtbedarf von 15 229 To. Kartoffeln wurden 6528 To. in Württemberg-Baden aufgebracht und 1300 To. aus Niedersachsen eingeführt, so daß eine Fehlmenge von zirka 7300 To. verblieb. Trotzdem konnte die vorgesehene Ration von 809 g pro Person voll erfüllt werden. Der Fehlbetrag dürfte offenbar auf Rechnung der Einkellerung gehen.

Die Minderbelieferung gegenüber der vorgesehenen Rationen hatte zur Folge, daß in der 105. Zuteilungsperiode die tägliche Kalorienzahl für den Normalverbraucher statt 1447 nur 1339 betrug. Dagegen trat für die übrigen Gruppen entsprechende Verminderungen ein.

## Der Umfang der geplanten Demontagen

Gemeinsame Erklärung und Erläuterung von Marschall Douglas und General Clay

Berlin, 15. Okt. (Dena) Ueber den Umfang der geplanten Demontagen in der Bizone gaben der britische und der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, Luftmarschall Sir Sholto Douglas und General Lucius D. Clay, eine gemeinsame Erklärung ab. Darin wird versichert, daß die zu demontierenden Betriebe mit größter Sorgfalt ausgewählt wurden, um eine ausgeglichene, sich selbst erhaltende Industrie zu gewährleisten.

Der Erklärung der beiden Militärgouverneure entnehmen wir: „Am 29. August verkündeten wir in einer gemeinsamen Konferenz der Welt und deutschen Presse die Annahme eines revidierten Planes über die Industriekapazität der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Wir gaben damals bekannt, daß eine Liste aller auf Grund des neuen Planes zu Reparationsleistungen bestimmter Betriebe sobald wie möglich veröffentlicht werden solle. Diese Liste ist nun fertiggestellt und wird heute herausgegeben. Wir waren uns bewußt, wie wichtig es war, der deutschen Industrie Ge-

wisshheit — die Grundlage aller gesunden Planung — zu geben. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle Zweifel auflösen, die bisher bestanden haben. Sie enthält sowohl die Werke, die schon entfernt sind, als auch die Betriebe, die noch demontiert werden müssen. Unter den ersten befinden sich alle Kriegs- und Rüstungsbetriebe der beiden Zonen, obwohl ein großer Teil davon bereits abgebaut oder zerstört wurde, sowie alle bereits im Herbst 1946 von den Zonenbefehlshabern für Reparationszwecke zur Verfügung gestellten Werke. Zusätzlich führt die Liste jetzt die Betriebe auf, die nicht zur Erreichung der neuen In-

dustriekapazität notwendig sind und jetzt dem alliierten Kontrollrat als für Reparationsleistungen an die Länder überwiesen werden sollen, die unter dem deutschen Angriffskrieg gelitten haben. Die überschüssige Kapazität ist mit großer Sorgfalt ausgewählt worden, um zu gewährleisten, daß Deutschland eine wirtschaftlich arbeitende, in sich ausgeglichene Industrie belassen wird, die in der Lage ist, sich selbst zu erhalten und große Beiträge zur wirtschaftlichen Wiedergesundung nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas zu leisten. Bei der Auswahl der Betriebe wurde besonders darauf geachtet, die Entstehung örtlicher Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Obwohl der Plan als endgültig betrachtet werden muß, werden begründete Vorschläge für den Ersatz bestimmter Einzelwerke durch andere gleicher Art in Erwägung gezogen werden, wenn sie innerhalb der nächsten 14 Tage durch die zuständigen deut-

schen Wirtschaftsbehörden der verschiedenen Länder und der Stadtstaaten unterbreitet werden.

Die ganz erhebliche Erhöhung der industriellen Kapazität der Bizone und daraus sich ergebende Verminderung der Anzahl der Betriebe, die für Reparationszwecke zur Verfügung gestellt werden können, spiegelt die Wichtigkeit wieder, die die Militärregierung der Wiederaufbau eines ausreichenden Wirtschaftsapparates in Deutschland beizubringen. Andererseits erfordert die Tatsache, daß es nötig war, die den Opfern deutscher Angriffe geschädigten Reparationsleistungen zu vermindern, daß die überschüssige Industriekapazität, wie sie nun festgelegt wurde, nun ohne Zeitverlust zur Verfügung gestellt wird.

Bei der Ankündigung dieser Entscheidungen wünschen wir klarzustellen, daß alle nötigen Schritte für die schnellstmögliche Ausführung des Programms ergriffen werden wollen, so daß einerseits die deutsche Industrie mit ihrem Wiederaufbauaufgaben vorangehen kann, während andererseits die Nationen, die Werke und Anlagen als Reparationen erhalten, in der Lage sind, diese Hilfsmittel während der nächsten Jahre, in denen die Wirtschaft in der Wiedergesundung Europas mit allen Mitteln beschleunigt werden sollen, mit gutem Erfolg zu verwenden.

Lucius D. Clay, General, US Army Military Governor, US-Zone. — Sholto Douglas, Marshall of the royal air force, military governor, british zone. In der Bizone werden demontiert: Rüstungsbetriebe: 302; Stahlindustrie: 85; Nicht-Eisenmetalle: 11; Chemische Industrie: 42; Allgemeiner Maschinenbau: 254; Elektroindustrie: 4 Werke; Werften: 3; Kraftwerke: 4. — Davon entfallen auf Württemberg-Baden: Rüstungsbetriebe: 9; Stahlindustrie: 1; Nicht-Eisenmetalle: 1; Chemische Industrie: 3; Allgemeiner Maschinenbau: 24; Kraftwerke: 1.

Zur Demontage der deutschen Betriebe werden wir in unserer nächsten Ausgabe noch ausführlich berichten. Die Redaktion.

## Erste Reaktion auf Demontageliste

Düsseldorf, 16. Okt. (sp.) Karl Arnold, der Ministerpräsident des von der Demontage am meisten betroffenen Landes Nordrhein-Westfalen, ist der Ansicht, daß die den deutschen Behörden für etwaige Einwände und Abänderungsvorschläge gesetzte Frist von 14 Tagen zu kurz sei. Die Auswirkungen des Planes ließen sich in dieser Zeit nicht einwandfrei abschätzen, da die Demontage eines Werkes zwei oder mehrere mit betroffenen könne. — Walter Blohm erklärte sich überrascht von der Mitteilung, daß die gesamten Anlagen seiner Werften Blohm und Voß für die Demontage vorgesehen sind. Er habe angenommen, daß wenigstens 35 Prozent der Anlagen, und zwar insbesondere die Werkstätten für den Lokomotivbau, der Stadt Hamburg verbleiben würden.

Der Ministerpräsident Niedersachsen, Heinrich Kopf, warnte vor einseitigen Protesten, die er als sinnlos bezeichnete.

## Landtag nimmt Gemeindegewahlgesetz an

Minderbelastete und Mitläufer können nicht Bürgermeister und Landrat werden

Stuttgart, 16. Okt. (Dena.) Das Gesetz über die Neuwahl der Gemeinderäte und Bürgermeister, Kreisräte und Landräte, das als Wahlreform in den 7. Dezember vorseht, wurde in 3. Lesung vom württembergisch-badischen Landtag mit den Stimmen der SPD, CDU und DVP gegen die der KPD angenommen. — Nach dem Gesetz sind alle deutschen Staatsangehörigen wahlberechtigt, die das 21. Lebensjahr überschritten haben und seit mindestens einem Jahr in einer Gemeinde Württemberg-Badens wohnen. Ferner müssen sie die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und dürfen nicht aus irgend einem besonderen Grund vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, wie z. B. durch einen rechtskräftigen Bescheid der Spruchkammer als Hauptschuldiger oder Belasteter, als Minderbelasteter nur, insofern die Entziehung des Wahlrechtes besonders angeordnet wurde. Wählbar in

den Gemeinderat und Kreisrat sind alle über 24 Jahre alten Wahlberechtigten außer den Personen, die von einer Spruchkammer in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft wurden. Zum Bürgermeister in Kreisfreien Städten und Landrat dürfen keine als Minderbelastete und Mitläufer eingestufte Personen gewählt werden. Die Wahl der Bürgermeister und Landräte sowie des Kreisrates erfolgt auf 5 Jahre. In den Landesbezirken Württemberg und Badens soll die Wahl im Gegensatz zu der des vergangenen Jahres nach einheitlichen Bestimmungen erfolgen, und zwar durch Anwendung der freien verbundenen Liste, die dem Wähler das Recht des Kumulierens und Panaschierens gibt.

In der vorhergehenden Beratung wurden zwei Änderungsanträge der KPD abgelehnt. In der allgemeinen Aussprache erklärte der württembergisch-badische

Innenminister Fritz Ulrich zu den Bedenken, die gegen den Wahlkreis vom 7. Dezember laut geworden waren, daß von seiten des Innenministeriums die Wahl ordnungsgemäß durchgeführt werden könne.

Zur Frage des Wahlrechts der Mitläufer äußerte der Minister für politische Befreiung, Gottlob Kamm, das Ministerium wolle vor allem Rechtsgleichheit mit anderen Zonen und die Einreihung lediglich formell Belasteter als ordentliche Staatsbürger erreichen. — Ein von den Fraktionen der CDU, SPD und DVP eingebrachter Antrag, wonach die Vertrauensleute der Wählervereinigungen verpflichtet werden sollen, die Kosten für die Herstellung der Stimmzettel anteilmäßig zu tragen, und ein von allen Fraktionen unterzeichneter Zusatzantrag, daß die Gemeinden und Kreise diese Kosten nach der Wahl übernehmen können, fand die Zustimmung des ganzen Hauses.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantwortete Innenminister Fritz Ulrich eine Anfrage des Abgeordneten Adolf Bauser (CDU), nach dem Stand der Arbeiten zur Durchführung des Gesetzesentwurfes des Landrates vom 1. September 1946 zur Erfassung von überflüssigem Hausrat. Innenminister Ulrich erklärte, sein Ministerium habe die Wohnungsbehörden angewiesen, nach den Richtlinien des Gesetzesentwurfes des Landrates zu verfahren. Neueding sei jedoch vom Verwaltungsgerichtshof sowie vom Justiz- und Kultusministerium gegen den Gesetzesentwurf Einspruch erhoben worden. — Der Gesetzesentwurf des Landrates sieht vor, daß Personen, die in eine Wohnung eingewiesen sind und ohne ihr Verschulden keine Möbel besitzen, aus dem überflüssigen Hausrat der Wohnungsinhaber Möbel leihweise zur Verfügung gestellt bekommen.

## Aussprache über den Staatshaushalt

Stuttgart, 16. Okt. (Eig. Ber.) Die 47. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags war ausschließlich der Stellungnahme der Fraktionen zu dem kürzlich vorgelegten Entwurf des Staatshaushaltplanes 1947 gewidmet. Alle Parteien waren sich in der Ablehnung der Deutschland durch den Kontrollrat auferlegten Steuergesetzgebung einig. Ausgehend von einer Skizzierung unserer gegenwärtigen politischen Situation eröffnete die Aussprache Abgeordneter Harter (CDU). Der Abgeordnete betonte die Übereinstimmung seiner Fraktion mit dem Plan des Finanzministers und bedauerte das Nichtzustandekommen eines einheitlichen Haushaltsplanes für beide Landesteile. Auf die Politik der Besatzungsmächte eingehend, kritisierte er deren wirtschaftliche Maßnahmen und bezeichnete die Demontage als solche, „die mit weitsichtiger Politik nichts mehr zu tun hätte“. Die veröffentlichte Liste der abzuhaltenden Industrie hätte in den Westzonen eine lähmende Schockwirkung ausgeübt. Auch die deutschen Parteien hätten durch ihre „engstirnige Dogmatik“ versagt und den Erwartungen des Volkes nicht entsprochen. — Abgeordneter Müller (SPD) legte in seinen Ausführungen den Akzent auf die finanztechnische Seite des Problems. Auf den größten Teil unserer Einnahmen, so stellte er fest, hätten wir keinerlei Einfluß. Schon heute sei eine rückwärtsgerichtete Tendenz der Einnahmen gegenüber der Beharrlichkeit der Ausgaben unverkennbar. Leider, betonte der Abgeordnete, sei das Ziel der Kaufkraftschöpfung auch durch die überspannten Steuerabgaben nicht erreicht worden, sondern habe sich gegenteilig ausgewirkt und die Steuerermoral untergraben. Er verwahrte sich energisch gegen die alleinige Verantwortlichkeit der deutschen

Parlamente für die Finanzpolitik des Kontrollrats. Durch die Tatsache, daß 48 Prozent des gesamten Steueraufkommens auf Besatzungskosten entfielen, sei uns auch der Einfluß auf die Ausgaben verwehrt. Abschließend forderte auch der Sprecher der SPD die Koordination der Finanzen beider Landesteile und warnte vor der Ausweitung der blühenden Bürokratie. — Abgeordneter Dr. Heuß (DVP) bezweifelte, daß eine Währungsreform ohne gleichzeitigen Anlauf der Produktion des Schwarzmarktes beseitigen könne. Die Auswirkungen der Dauererhöhung der Demontage seien nicht abzusehen, zumal die Entkartellierungsbestrebungen die Produktionskosten bedeutend erhöhten, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie bedenklich reduziert würde.

In der Nachmittagsitzung ergriff der Sprecher der KPD, Abgeordneter Leibbrand, das Wort und gab neuerdings der Hoffnung Ausdruck, daß der diesjährige Staatshaushalt der letzte für beide Landesteile getrennt aufgestellte sein möge. Weiter wandte sich Leibbrand gegen die Bevorratung des Berufsbeamten und erklärte, „daß unter den gegenwärtigen Umständen der völlig unpolitische Beamte keine ideale Erscheinung sei“. In einer scharfen Kritik des Frankfurter Wirtschaftsrates stellte er dessen offensichtliches Versagen fest und begründete dieses Mißverhältnis mit dem Hinweis auf die künstliche Konstruktion dieses Gebildes.

Nach der Stellungnahme der Fraktionen ergriff Finanzminister Dr. Heinrich Köhler nochmals kurz das Wort und schloß mit der Hoffnung auf eine baldige Wiedereingliederung der noch abgetrennten südlichen Teile Württembergs und Badens.

## Wirtschaftliche Erholung benötigt 3 bis 4 Jahre

Erklärungen Generals Lucius D. Clay

Washington, 16. Okt. (Dena-INS). General Lucius D. Clay, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, erklärte vor dem „National Press Club“, die wirtschaftliche Erholung Deutschlands werde mindestens noch weitere 3 oder 4 Jahre in Anspruch nehmen. Es könne aber für die USA und die Welt kein größeres Unglück als der Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland geben, bevor nicht ein endgültiges Einverständnis über den Weltfrieden erreicht werde. Das Wiederaufleben Europas werde zum großen Teil von dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft abhängen. Europa benötige dringend Ruhrkohle sowie Maschinen und Werkzeuge aus Deutschland,

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft innerhalb 3 oder 4 Jahre könne nur durchgeführt werden, wenn die USA die notwendigen Nahrungsmittel zur Verfügung stellen und es gestattet, die aus dem deutschen Export erzielten Gewinne wieder in die deutsche Industrie zurückfließen zu lassen, um das Land sich selbst erhalten zu machen. — General Clay gab dann eine bescheidene Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland durch die Bemühungen der Militärregierung in der Bizone bekannt. Das Transportsystem sei fast wieder auf den Vorkriegsstand gebracht worden. Der Post-, Paket- und Telegraphendienst habe sogar einen höheren Stand als 1939 erreicht.

## Welt-Rundschau

Washington (Dena-Reuter). Der Rücktritt des Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium William L. Clayton mit sofortiger Wirksamkeit wurde vom Weißen Haus bestätigt.

Washington (Dena-Reuter). Präsident Harry S. Truman und seine Gattin haben in Anbetracht der „dringenden Notwendigkeit einer Nahrungsmittelersparnis, durch welche die USA helfen können, den Hunger im Ausland zu lindern“, beschlossen, in dieser Saison keine Staatsbankette abzuhalten.

Washington (Dena-INS). Präsident Harry S. Truman genehmigte eine Vierzehntausendstellige in Höhe von 20 Millionen Dollar an Frankreich, um dem Lande über die kritische Dollarknappheit hinwegzuhelfen, er bevollmächtigte zu diesem Zweck das amerikanische Verteidigungsministerium, Franz im Werte von 20 Millionen Dollar zu erwerben.

Washington (Dena-Reuter). Die britisch-amerikanischen Besprechungen über die Finanzierung der Besatzungskosten der Bizone scheinen auf einem letzten Punkt angelangt zu sein, nachdem die Vollziehung der Konferenz fast unmittelbar nach ihrem Beginn wieder abgebrochen wurde.

Spokane, South Carolina (Dena-Reuter). Der ehemalige amerikanische Außenminister James F. Byrnes erklärte bei einem Empfang anlässlich der Veröffentlichung seines neuen Buches „Speaking Frankly“ (Offene Sprache), es bestehe größere Aussicht, sich mit Stalin über Meinungsverschiedenheiten zu einigen, als mit Molotow.

London (Dena-Reuter). Der wilde St. 16. der 204 Londoner Arbeitervereinigungen

sich auf den Londoner Fleischmarkt Smithfield aus, an dem 150 Arbeiter aus Sympathie ebenfalls ihre Arbeit niederlegten.

Paris (Dena-Reuter). In allen Häfen Frankreichs und Nordafrikas traten insgesamt 21 000 Offiziere und Mannschaften der französischen Handelsmarine in den Streik.

Paris (sp.). Das Fahrpersonal der Pariser Untergrundbahn beschloß mit 89 zu 12 Stimmen, um 13 Uhr seine Arbeit wieder aufzunehmen, wodurch der Pariser Verkehrsstreik sein Ende findet.

Paris (Dena-Reuter). Die französische Gewerkschaftsvereinigung CGT protestierte in einem Kommuniqué gegen die Verwendung von Militär und Polizei als Streikbrecher in dem Pariser Transportarbeiterstreik, sowie gegen den Appell der Regierung für Freiwillige, die an die Stelle der streikenden Omnibusfahrer treten sollen.

Prag (sp.). Nach einer Explosion in den Stahlgießereien der tschechoslowakischen Stadt Reichenau wurde ein Befehl zur Verhaftung sämtlicher dort wohnenden Deutschen über achtzehn Jahren erlassen.

Warschau (Dena-Reuter). Die Leichen von über 35 000 sowjetischen Kriegsgefangenen aus ehemaligen Nazi-Gefangenenlagern sind in der Nähe der polnischen Festungstadt Biala aufgefunden worden.

Tokio (Dena). Ueber 150 000 Arbeiter der japanischen Hüttenindustrie traten laut AFP in den Streik. Außerdem wollen über eine Million Arbeiter in Japan gegen Ende des Monats ihre Arbeit niederlegen, wenn ihre Löhne nicht um 25 Prozent erhöht werden.

# Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“, Pforzheim, Telefon 3001 und 3002. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 29.

## Wahlen in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Am 19. und 26. Oktober finden in ganz Frankreich Gemeindevahlen statt. Dieses Jahr weit mehr als lokale Bedeutung haben. Ihr Ausgang vermag die Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidend zu beeinflussen.

In den Gemeinden mit mehr als 9000 Einwohnern werden die Vertretungen in einem einzigen Wahlgang nach dem Verhältnisystem bestimmt. In den kleineren Gemeinden dagegen wurde das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen aufrechterhalten. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich, während im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit genügt. Für diese kleineren Gemeinden ist daher bereits von Wahlkoalitionen zwischen den einzelnen Parteien die Rede. Allein die Kommunisten haben bisher in dieser Frage eindeutig Stellung genommen, d. h. sie verlangen nach ihrer bekannten Taktik den Zusammenschluß der sogenannten demokratischen Kräfte gegen die „Reaktion“.

Die Sozialisten haben wenig Neigung, derartigen Volksfrontlisten ihre Zustimmung zu geben. Die Radikalsocialisten werden sich, je nach den örtlichen Gegebenheiten, mit allen Parteien zusammenschließen, von den Gaullisten bis zu den Kommunisten, vielleicht mit Ausschluß der ihnen allzu kirchlichen Republikanischen Volksbewegung. Diese letztere Partei hat jede Zusammenarbeit mit der gaullistischen Bewegung abgelehnt und wünscht eine Anpassung der Wahlkoalition an die jetzige Regierungskoalition, mit Kampffront gegen Kommunismus und Gaullismus.

All diese taktischen Kombinationen für die kleineren Gemeinden von weniger als 9000 Einwohner sind jedoch weniger wichtig als die allgemein politische Tragweite der Gemeindevahlen. Sozialisten und Republikanische Volkspartei haben vergebens versucht, der Abstimmung ihren lokalen Charakter zu bewahren und die Wähler lediglich über Fragen der Gemeindepolitik entscheiden zu lassen. Frankreich steht wirtschaftlich, innen- und außenpolitisch vor so schwerwiegenden Problemen, daß jede Volksbefragung zwangsläufig von der Staatspolitik beherrscht wird.

In diesem Sinne sind die kommenden Gemeindevahlen eine Kraftprobe für die noch kaum ein Jahr alte Vierte Republik. Sozialisten, Volkrepublikaner und mit gewissen Vorbehalten auch die Radikalsocialisten müssen die Republik zur Linken gegen den Kommunismus und zur Rechten gegen den Gaullismus verteidigen. Der Wähler sollen sich für eine der drei Lösungen entscheiden. Man darf nur hoffen, im Interesse Frankreichs und Europas, daß das Ergebnis der Wahlen nicht eine negative Mehrheit der unver-

einbaren Extreme von Links und Rechts sein wird. Frankreich braucht heute in der Tat nichts dringender als politische Stabilität.

Die Entscheidung für den Kommunismus bedeutet heute in Frankreich Bekenntnis zur „Volksdemokratie“ östlicher Prägung, Verzicht auf den Marshallplan und außenpolitische Abhängigkeit von Moskau. Die Entscheidung für den Gaullismus ist die steril-antikommunistische Bindung Frankreichs an den Westen, zusammen mit der Billigung eines autoritären Regimes, das sehr wohl in dem Abenteuer der Diktatur enden kann. Beide Extreme verlangen von ihren Wählern eine Blankovollmacht für die Beschränkung der Freiheit. Vom europäischen Standpunkt aus wäre der Erfolg des Kommunismus folgenschwerer als der Sieg des Gaullismus, der in seinen Auswirkungen sehr wahrscheinlich auf Frankreich beschränkt bleibt, während es das Ziel der Kommunisten ist, die Einheit Europas, wie man sie sich im Westen vorstellt, unmöglich zu machen.

Sozialisten und Volksrepublikaner sind durch eine recht unpopuläre und mitunter völlig unverständliche Regierungspolitik belastet. Ihre politische Anständigkeit und ihre Aufrichtigkeit werden wohl kaum in Zweifel gestellt, die Erfolge oder Mißerfolge fallen aber stets schwerer ins Gewicht als selbst die besten Absichten. Ein Ruck nach dem Extremen wäre unter diesen Umständen nicht überraschend. Man nimmt aber im allgemeinen an, daß die Gemeindevahlen trotzdem weder zu einem Triumph des Kommunismus noch des Gaullismus werden.

## Musterländisches

In Nr. 34 des Regierungsblattes der Landesregierung Baden französische Zone ist zu lesen:

Landesverfügung zur Bekämpfung der gewerbmäßigen Unruhm.

Das Staatssekretariat erläßt auf Grund des § 341 Ziffer 5c des Reichsstrafgesetzbuches zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes folgende

Landesverfügung

§ 1

In Gemeinden mit weniger als 30 000 Einwohnern wird die Ausübung der Unruhm zum Erwerb verboten.

§ 2

Diese Verfügung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der Staatssekretär

des Badischen Ministeriums des Innern.

Diese badische Landesverfügung wird lebhaft diskutiert und bildet die Grundlage für Witze, Vermutungen und Zukunftsbilder. Denn nachdem Grundrutz: „Was nicht verboten ist, ist erlaubt!“ ist nach dieser Landesverfügung die gewerbmäßige Unruhm in den badischen Gemeinden über 30 000 Einwohnern erlaubt. Andererseits fragt man sich, was den Herrn Staatssekretär des Badischen Innenministeriums dazu bewegen hat, die gewerbmäßige Unruhm nur in den Gemeinden mit weniger als 30 000 Einwohnern, also in den Dörfern, zu verbieten. Ist und statt Beschreibungen Gestalten gibt, Hervorgegangen aus historischen Studien schafft Büchner seinen „Danton“, diesen „Falschheit der Geschichte“ unter Dreieck seines Herzbildes, wohl ahnend, daß die Einsetzung des Volkswillens in die staatliche Macht sich anders vollziehen müsse denn durch Gewalt. Er beweist damit als Mensch und Künstler einen Scharfblick, der ihn weit über seine Zeit hinaushebt; so leidenschaftlich er sich den Ideen der Revolution, dem Durchbruch der Mitbestimmungsrechts des Volkes hingibt, so kühl distanziert er sich von der Methode des Terrors.

Büchner ist durch sein Gesamtwerk — dichterisch-menschlich ging er seinen Weg mit dem „Wozzek“, dem Hohnstich der geplagten Kreatur, rein politisch in

## Wenn die Braut „Nein!“ sagt

Ein junger Mann aus Chicago hatte während des Krieges die Bekanntheit einer Engländerin gemacht, mit der er seitdem in Briefwechsel stand. Er beschloß, sie nach seiner Demobilisierung zu heiraten, und lud sie ein, zu ihm nach Chicago zu kommen. Alles verlief programmäßig. Der Ehekandidat organisierte ein großes Hochzeitsfest mit sämtlichen Verwandten und engagierte eine Musikkapelle. Vor dem Geistlichen antwortete der junge Mann auf die übliche Frage mit einem lauten und freudigen „Ja“. Zur Überraschung aller Anwesenden fiel die Antwort der Braut jedoch anders aus, als man es üblicherweise in solchen Situationen erwartet. „Nein, ich will nicht heiraten. Ich will zurück nach England. Ich kann diese Zeremonie nicht länger aushalten“. Der enttäuschte Bräutigam beschloß daraufhin, das vorbereitete Festessen trotzdem abzuhalten, und nachdem es einige

## Die Meinung der Anderen

### News & Chronicle

Der News Chronicle-Korrespondent E. Selva schreibt nach einer Reise durch die französische Zone:

„Die Grenze nach der Schweiz zu überschreiten heißt, den Unterschied zwischen weit fortgeschrittenem Verfall und sozial gesunden Zuständen auszumessen. Wirtschaftlich stürzt die französische Zone geradezu auf die Katastrophe zu. Der ständige Abzug der Hilfsmittel eines entleerten Deutschlands ohne Ersatz und ohne Plan bedeutet, daß früher oder später die heute grünländ und verzweifelt mahnenden Räder aufhören werden, sich zu drehen. Wenn man sich in Paris rührt, daß die französische Zone einen ausgeglichenen Haushalt habe und die Bezahlung der Besatzungskosten durch die Deutschen gesichert sei... so schließt ein Verwaltungsbeamter in Baden-Baden den Zuschußbedarf für nächstes Jahr auf 18 Millionen Dollar. In Baden-Baden wurde mir gesagt, daß, wie in der britischen und amerikanischen Zone die Masse der Verpflegung für die französischen Truppen eingeführt werde. Meine Reise durch die Zone hat dies nicht bestätigt. Das Essen stammt hauptsächlich aus der heimischen Produktion... Eine Armee von französischen Beamten und Familien reitet den mageren deutschen Esel unter dem Schlagwort „Frankreich schuldet Deutschland nichts.“ Das mag wahr sein, aber Europas Weg, der Weg zu Frieden und Fülle, kann nicht unter einem negativen Banner zurückgelegt werden.“

### Herald Tribune

Mit unmissverständlicher Schärfe nimmt das Blatt zu den deutschen Protesten in der Deutscherfrage Stellung:

„Dreimal innerhalb eines Jahrhunderts hat Deutschland die Nationen der Welt in einen Krieg geführt. Wenn die Sieger in der letzten Katastrophe überhaupt eine Aufgabe haben, so ist es, dieser sich wiederholenden Bedrohung ein Ende zu machen... Ermutigt durch die Unentschlossenheit der Alliierten zeigen die Deutschen jetzt, daß sie selbst eine Hand im Spiel haben wollen... Die Schwierigkeiten, die Deutschland den Besatzungsmächten bereiten könnte und die günstigen Gelegenheiten, die dies Sowjetrußland geben wird, können nicht verkümmert werden... Ganz klar handelt es sich aber nicht um eine Angelegenheit, in der Deutschland befragt werden wird oder in der deutsche Wünsche irgendein bemerkenswertes Gewicht haben werden. Die Besatzungsmächte werden die Politik festlegen und sie wird ohne Rücksicht auf deutsche Proteste durchgeführt werden... Jeder deutsche Versuch, sich Entscheidungen irgendeiner Art anzumaßen, ist in Wirklichkeit eine nachträgliche Kriegserklärung, und man sollte ihr so fest begegnen, wie dem Kriege selbst.“

Die gleiche Zeitung veröffentlicht eine Artikelserie unter der Überschrift „Der kalte Krieg“ des bekannten amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, der aus deutsches Problem u. a. schreibt:

„Nicht die Einheit Deutschlands, sondern eine europäische Einheit, nicht eine deutsche Selbstgenügsamkeit, sondern eine europäische, nicht ein Deutschland, um Rußland aufzuhalten, sondern ein neutralisiertes Deutschland zwischen Rußland und dem Westen, nicht die Truman-Doktrin, sondern ein von ihr gereinigter Marshall-Plan sollten die Ziele unserer deutschen Politik sein. Sie werden gesunde Ziele bleiben, auch wenn wir es unmöglich finden, mit den Russen zu einem Übereinkommen über den Friedenvertrag zu gelangen, denn wir würden uns mit einer Politik identifiziert haben, die sich einer Wiederbelebung

seiner Mitarbeit an Gutkows „Deutscher Revue“ zu Ende — von einer Zeitnahe und politischen Offenheit, die bestrickt. Daß er in den vergangenen zwölf Jahren bei den Herrschern des deutschen Kultur- und Geisteslebens mehr auf Ablehnung, denn auf Zustimmung stieß, ist nur zu verständlich. Der Dichter hielt in seinem „Danton“ dieser Gegenwart zu stark den entlarvenden Spiegel vor Gesicht. Niemand wollte besser um die Gesetze der Politik und Menschenlichkeit als der Dichter und Politiker Büchner. Niemand kann deshalb treffender den Ungeist verdammten als er, und niemand unter den Dichtern hinterließ der Gegenwart ein höheres politisch-dichterisches Vermächtnis als dieser Feuergeist und Dramatiker aus politischer Besessenheit. Dr. Helmut Müller.

Gläser Wein getrunken hatte, sagte die Braut, sie habe es sich wieder anders überlegt und wolle doch heiraten. Der Ehekandidat meinte, daß eine Frau zwar das Recht habe, ihre Meinungen zu ändern, so oft sie wolle. Was ihn angehe, so verpöchte er nach diesem Vorgeschemack der Ehe keine Lust mehr, sich auf das große Abenteuer einzulassen. Und diesmal war er es, der mit einem kategorischen „Nein!“ seinen Speisebeschloß und auf den verunglückten Fortgang der Feier antwortete.

Wissenschaftler. Die Bibliothek des Congress (des amerikanischen Parlaments) erhielt von einem Zehnjährigen folgende briefliche Anfrage: Können Sie mir ein gutes Buch über Aeronautik und eins über vernünftige Geschichtlichen nennen? Ich bin mehr an der Aeronautik interessiert.“ Max Barthel, New York

der deutschen Macht zur Bedrohung der Nachbarn widersteht und nicht mit einer Politik, die sie in eine deutsch-russische Zange versetzt. Wenn die Sowjetregierung kein Übereinkommen aushandeln will, wenn der Preis für eine Ordnung so hoch ist, wenn die Sühsomme absehlich so angesetzt wird, daß klar wird, Rußland beabsichtigt nicht, Europa zu räumen, so wird die Lage nicht gefährlicher sein als heute. Aber unsere Energien werden konzentriert und nicht über den ganzen Erdrkreis zerstreut und der wirkliche Ausgang wird viel klarer sein.“

## DIE WELTWOCHEN

Zur Politik des Vatikans schreibt die in Zürich erscheinende unabhängige schweizerische Wochenzeitung:

„Wenn Pius XII. in einer Rede die Stodtruppe der katholischen Kirche auffordert, die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen und Unterdrückung, Verfolgung und Vargewaltigung nicht zu fürchten, so kommt der Erklärung des Papstes tatsächlich die Bedeutung einer Kriegserklärung zu. Gegen wen sie gerichtet ist, darüber kann nach dem jüngsten Austausch politischer Botschaften zwischen Truman und Pius XII. kein Zweifel mehr bestehen. Die Generalmobilmachung der katholischen Kirche und ihr ständlich offenes Einschwenken auf die Seite des Westblocks, stellt eines der bemerkenswertesten und folgenschwersten Ereignisse der Nachkriegszeit dar... Kein Zweifel, daß Pius XII. ein „politischer“ Papst ist und daß seine starke Persönlichkeit nicht nur dem Kirchengestalt, sondern auch dem Verhältnis des heiligen Stuhls zur Umwelt den Stempel aufgedrückt hat... Wenn der Vater der katholischen Christenheit seine Unterstützung einer politischen Machtruppe zuzugibt, weil die Gegner dieser Machtruppe gleichzeitig dem marxistisch-leninistischen Einfluß unterliegt, muß das befremden in einem Augenblick, der von kommunistischer Seite auf diskrete, aber unmissverständliche Weise angedeutet wird, daß ein Brückenschlag zwischen Katholizismus und Kommunismus durchaus möglich sei... Der plötzliche Umschwung in der Strategie geht allem Anschein nach auf persönliche Initiative des Papstes zurück... Was vielfach bedauert wird, ist dabei der Verlust des heiligen Stuhls als überparteiliche, fast überweltliche Macht in Fragen der Entscheidung über Krieg und Frieden.“

## THE TIMES

Unter der Überschrift „Das Schicksal Deutschlands“ schreibt die angesehenste Londoner Zeitung u. a.:

„Daß man sich mit den Vorbereitungen (für eine allgemeine Reorganisation der Doppelzone) jetzt mit solcher Entschlossenheit beschäftigt, ist neben der Einberufung Westdeutschlands in die Antwort auf das Angebot Marshall ein bezeichnender Hinweis auf den Pessimismus, der in London und Washington in bezug auf die Londoner Außenministerkonferenz im November besteht. Alle Teilnehmer dieser Konferenz haben ihren Glauben zu Protokoll gegeben, daß das Ausbleiben einer einheitlichen Ordnung für Deutschland katastrophal für den Frieden und den Wohlstand Europas sein würde... Nur die angestrengtesten und aufrichtigsten Bemühungen aller Beteiligten werden die Teilung abwenden, die aus einem Fehlschlag im November hervorgehen muß. Noch ist ein wenig Zeit, noch besteht eine Chance. Aber, wie Mister Bevin es kürzlich gesagt hat, vielleicht ist es die letzte Chance und eine fürchtbare Verantwortung wird auf der Macht ruhen, die sich als unwillig oder unfähig zur Ergreifung dieser Chance erweist.“

## Theater der Jugend, Stuttgart

### Brendon Thomas; Charleys Tante

Unverwundlich wie am ersten Tag, als unsere Eltern die komische Situation beibehalten, in die Lord Fancourt Babberley als Charleys Tante geriet, steht diese unterhaltende Komödie vor uns. Unverwundlich wie sie zum erstenmal vom Theater der Jugend unter der Regie von Hill Wildenhain und Hannes Tanner aufgeführt wurde, erlebt sie nun bald schon das Jubiläum ihrer 36. Aufführung und hat noch immer volle Häuser. Neben den guten Darstellern, von welchen Peter Höfer als „falache“ Tante und Klaus Ponto als Charley hervorgehoben seien, ist es vor allem Erich Buschardt als Faktotum im College, der behutsam und geräusam die Beziehung zur Gegenwart durch sein stereotypes „So war es anno dazumal“ in netten Pointen formt, wodurch so etwas wie eine besondere Note in den zu sich „höheren Bildungs“ der Situation, gebracht wird. Zwei Stunden Lachen und Humor, dazu das ansprechende Bühnenbild Wolf Reuthers — man wird befriedigt das „Theater der Jugend“, sofern man sich nur unterhalten wollte, mehr freilich darf man von Charleys Tante nicht erwarten. Dr. W. O.

## Kleine Bühnenschaus

Die Priesley-Premiere „Ein Inspektor kommt“ wird gleichzeitig von den Städt. Bühnen Heidelberg in der Inszenierung von Mathias Stammits und dem Mannheimer Nationaltheater unter Spielleitung von Roland Hücklinger mit dem Bühnenbild von Gerhard Schmidt herausgebracht. — Die deutsche Uraufführung des Chorkonzertes von Wilhelm Gernshelm „Der Ackermann und der Tod“ wird Prof. H. Poppen mit dem Heidelberg Bachverein in

## Deutschland-Rundschau

### Verleinte Westzonen

Stuttgart (Dena). Die Kriegsgefangenen-Wanderausstellung, die einen Überblick über die Kriegsgefangenenhilfe des Weltbundes „Christlicher Verein junger Männer“ (YMCA) gibt, wurde vom württembergisch-badischen Landtagspräsidenten Wilhelm Keil eröffnet. Die Ausstellung wird in Stuttgart bis zum 18. Oktober gezeigt werden.

Frankfurt (Dena). Das den Gemeinden bezw. den Liefergemeinschaften der Bizzone auferlegte Ablieferungsquoten an Kartoffeln muß, nach einer Mitteilung der Zweizonenverwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in jedem Falle in voller Höhe erfüllt werden. Mindererträge eines Betriebes sollen innerhalb der einzelnen durch Mehrerträge anderer Betriebe ausgeglichen werden. Bei Betrieben, die Speise- und anerkannte Pfanzkartoffeln angekauft haben, wird für jede der zwei Kartoffelklassen ein getrenntes Ablieferungsquoten angegeben.

Wiesbaden. Der hessische Ministerpräsident Christian Stock erklärte, er habe einen authentischen Bericht über den Verlauf der CDU-Bauernversammlung angefordert, auf der nach einer Denkschrift Oberförstermeister Hans Alfred Rosenstock seine Rede mit den Worten des Horst-Wessel-Liedes geschlossen und darüber hinaus den Glauben der Ostdeutschen, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können, mit dem Hinweis auf die deutschen Ordensburgen im Osten als Wahzeichen deutscher Kolonialpolitik gestrichelt habe. (Dena)

Hannover (Dena). Der stellvertretende britische Gouverneur des Landes Niedersachsen, General J. Lingham, hat das Organ der KPD Hannover, die „Niedersächsische Volkstimme“, ab 16. Oktober für drei Monate verboten. Als Grund wurden Verstöße gegen die Lizenzbestimmungen angegeben.

Düsseldorf (Dena). Zu einer am 16. Okt. beginnenden Tagung der „Internationalen christlichen sozialistischen Vereinigung in Langensiefen im Schweizer Kanton Oberwalden wurden der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, der CDU-Landtagsabgeordnete Johannes Albers, Köln, sowie der Verbandspräsident Dr. Schmid, Köln, eingeladen.

Düsseldorf (Dena). Der Flüchtlingsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen wandte sich in einem Schreiben an den alliierten Kontrollrat gegen die Anordnung der britischen Militärregierung, wonach das Land Nordrhein-Westfalen 75 Prozent aller nach dem 9. Juni nach Schleswig-Holstein illegal eingewanderten Flüchtlinge aufnehmen müsse. Der Ausschuß forderte eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf alle vier Zonen.

Düsseldorf (Dena). Die Ruhrkohlenförderung lag zwischen dem 1. und 13. Oktober durchschnittlich bei 248 000 Tonnen und überschritt diese Grenze am 8. Oktober mit 241 800, am 12. Oktober mit 241 387 und am 13. Oktober mit 241 387 Tonnen. Im allgemeinen zeigen die Förderungsdaten der letzten Tage gegenüber dem Monatsbeginn eine anstehende Tendenz.

### Fransösische Zone

Freiburg. Verstöße gegen Vorschriften der Besatzungsbehörde können unter gewissen Bedingungen auch durch die sofortige Bezahlung einer Geldstrafe beigelegt werden. Ein Beamter nimmt hierüber ein Protokoll auf und stellt gleichzeitig die Mitteilung aus. Dieses Verfahren ist in folgenden Fällen zulässig: Mangel eines Internen-Passierscheines (75.— Mark Geldstrafe), Mangel eines Ausgehverbot (50.— Mark Geldstrafe), und Mangel einer gültigen Ausweisurkunde (25.— Mark Geldstrafe). Bei sofortiger Bezahlung der Geldstrafe wird jede weitere Strafverfolgung eingestellt. nt.

Müllheim. Polen, die von einem Feldhüter bei Weinraubentatheit überredet wurden, verletzten diesen mit Messerstichen an Hals und Brust. Die französische Gendarmrie verhaftete zwei der polnischen Messerstecher. nt.

### der dortigen Christuskirche übernehmen.

Am Darmstädter Landestheater ist die Welturaufführung des Schauspielers „Phäon“ von Bernard von Brentano (Schwieg) ein bevorstehendes Ereignis der Sprechbühne. Intendant Dr. W. Jodisch hat für die Oper aus drei Neuschöpfungen des Komponisten Hermann Heutter „Lübecker Totentanz“, „Saul“ und „Weg nach Freudenstadt“ zur Aufführung erworben. — Die Nico Dostal-Operette „Clivia“ unter Gastregie von Fritz Wilde und Dr. Hans Strieth am Pult stellte erneut die gegenwärtig hohe Qualität des Mannheimer Operettentheaters unter Beweis. Hala Catarina als Gast übertrug in der Titelrolle. ws

Der Münchener Ordinarius für Strafrecht, Prof. Dr. Franz Exner, der durch seine Verteidigung im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess international bekannte Gelehrte, erlag im Alter von 88 Jahren einem schweren Leiden. — Professor Dr. Hans Niedeken-Gebhardt, bekannt als Begründer der Göttinger Händel-Festspiele, erhielt an der Georg-Augusta zu Göttingen die Lehrbefugnis für Theaterwissenschaft. WS.

Harter Winter! Häufig zeigen sich heuer noch Hornissen und Wespen im Oktober; ja es kommt vor, daß diese wahlrhaften Räuber aus der Insektenwelt durch das offene Fenster in Stube und Kammer eindringen und die Bewohner belästigen. Nach alten Bauernregeln haben wir, wenn Hornissen und Wespen im Oktober sich häufig zeigen, Haus und Hof aufzusuchen und in die Stuben fliegen“, ein Anzeichen eines kalten und frühzeitigen Winters vor uns. „Wenn im Oktober Hornissen und Wespen häufig fliegen, werden wir frühen Winter kriegen“. — „Wenn im Spätherbst die giftigen Wespen viel schwärmen, muß man im Winter den Ofen wärmen.“ -HWH-

Hilfbürger von Karlsruhe!

Die große Mehrheit unseres Volkes ist völlig verarmt und sieht mit größter Besorgnis dem kommenden Winter entgegen...

Die Flüchtlinge sind die Ärmsten unserer Armen!

Bedenkt, daß ihr Schicksal ebenso gut hätte das Kurze sein können...

Diesen Ärmsten unter uns zu helfen, ist ein einfaches, aber unabdingbares Gebot der Brüderlichkeit!

Unterstützt die Bemühungen der Stadtverwaltung, den Flüchtlingen menschenwürdige Wohnungen und Arbeitsbedingungen zu schaffen...

Eine Linderung der Not ist aber nur möglich, wenn beide Teile, Alt- und Neubürger, guten Willens sind...

Karlsruhe, im Oktober 1947. Die Stadtverwaltung Karlsruhe: Töpper, Oberbürgermeister.

Die Plakatskule

Bei Ausgabe der Lebensmittelscheine für die 10. Zuteilungsperiode erhalten nur diejenigen mündelichtigen Personen Lebensmittelscheine...

Die Dienstbüros des Bad. Gemeindeprüfungsamtes befinden sich nun Baumstr. 2, Erdgeschoss, Tel. 6353 n.

Minister Prof. Dr. Ludwig Erhard spricht im Rahmen einer Veranstaltung der Überparteilichen Demokratischen Arbeitsgemeinschaft am Freitag, 24. Oktober...

Kunstsalon Baisel

Ausstellung Baler-Burcardo. Baler-Burcardo und Müller-Hufschmid sind beide als die repräsentativen Maler der neuen, oder neuesten Linie des Karlsruher Kunst-Bereichs...

Wilhelm Kempff spielt. Ein musikalisches Ereignis, wenn nicht das musikalische Ereignis, stellte das Auftreten Wilhelm Kempffs dar...

Aus den Konzerten. In dem bulgarischen Heldentenor Alexander Miltchinoff von der

Kleine Karlsruher Chronik

Verkehrsunfälle. Ein Radfahrer, der statt auf dem Radweg auf der Fahrbahn der Durlacher Allee gefahren und ohne Rücksicht auf den übrigen Verkehr plötzlich nach links abgelenkt war...

Rappenwört wird entschlammt. Das Badebecken des Rheinstrandbades Rappenwört sollte schon seit mehreren Jahren gereinigt werden...

Errichtung eines Schülerhortes. Das Jugendamt Karlsruhe hat in der Waisenhausstraße 17, einen Schülerhort errichtet...

Lichtbildvortrag über Palästina. Im Rahmen der von der katholisch-evangelischen Arbeitsgemeinschaft veranstalteten Vortragsreihe sprach am Mittwochabend im Redtenbacher Hörsaal Caritasdirektor Steimer über Palästina...

Auftrag von Seife und Waschmitteln. Normalverbraucher: Für die 10. und 10a. Zuteilungsperiode sind auf die Abschnitte der Seifenkarten für Normalverbraucher nur die Hälfte der eingezeichneten Mengen auszugeben...

Kleinstkinder: 1 Stück Feinseife, 75 g Waschpulver, 125 g Zusatzwaschmittel. Kleinkinder: 1 Stück Einheitsseife, 375 g Waschpulver, 125 g Zusatzwaschmittel...

Kinder, Jugendliche und Verbraucher über 18 Jahre: 1 Stück Einheitsseife, 125 g Waschpulver, 125 g Zusatzwaschmittel.

Die Ausgabe von Rasierseife kann wegen Mangel an Rohstoffen vorläufig nicht erfolgen. Die wahlweise Abgabe „Feinwaschmittel oder Waschpulver“ bleibt weiterhin bestehen...

Zusatzverbraucher: Für die 10. Zuteilungsperiode auf Zusatzseifenkarte A (gelbe Karte), Abschnitt W 1: 1 Stück Feinseife, Abschnitt W 1: 200 g Waschpulver...

Staatsober Wien lernte man einen Sänger mit einem Stimmaterial kennen...

Der 1. Kammermusikabend in der Reihe des Mozart-Zyklus der Konzertdirektion Neufeld war ein voller Erfolg. Nicht zuletzt für den neuen Primgeiger des Ensembles, Hans Rokohl...

Radio Stuttgart sendet. Freitag, 17. Okt. 8.00 Frühmusik; 8.45 Nachr.; 7.00 Melod.; 8.30 Morgenstund.; 8.00 Haus und Heim; 8.45 Nachr.; 11.00 Kindersend.; 11.35 Kultur-Vorabend; 12.00 Musik z. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik z. Mittagst.; 13.15 Anschlag-

Badische Rundschau

Kreis Bruchsal berichtet

In der jüngsten Bruchsaler Stadtratssitzung wurde der neu in das Kollegium eingetretene Bürgermeister Heinrich Weiß (CDU) vom Bürgermeister verpflichtet...

2000 von den im Kreis untergeordneten 10.000 Flüchtlingen fanden sich gleich dem Vorjahr auch heuer Mitte September im St. Paulusheim in Bruchsal zu einer Wallfahrt ein...

Was ist „kumulieren“ und „panaschieren“?

Bei den kommenden Gemeindevahlen am 7. Dezember wird in Baden erstmalig nach dem in Württemberg schon lange üblichen System des Kumulieren = Stimmenhäufens und Panaschieren = Stimmensplitzung gewählt...

Veranstaltungstermine der Parteien. DVP, Ruppert: 21. 10., 20.00 Uhr, „Grüner Baum“; 22. 10., 20 Uhr, „Lamm“; 23. 10., 20 Uhr, „Adler“...

Weiterer Mordversuch bei Pforzheim

Nach dem Raubmord von Huchenfeld wurde am 18. Oktober ein weiterer Mord- und Vergewaltigungsversuch auf eine 33-jährige Flüchtlingstochter im Walde bei Hamburg unternommen...

Der Wald wurde sofort von Mannschaften der Stadt- und Landespolizei systematisch durchkämmt. Eine Streife der Landespolizei fand hierbei eine Hütte, die sich der Täter zur Übernachtung errichtet hatte...

setzt und verfolgte die Spur bis zu einem Haus in Hohenwart. Der Verbrecher war jedoch auch hier nicht anwesend, so daß lediglich die Bewohnerin dieses Hauses festgenommen werden konnte.

Im Verlauf der Erhebungen fiel ein gewisser Verdacht auf den in Hohenwart wohnhaften Bäcker Hans Riese, ledig, katholisch, geboren am 2. Februar 1909 in Bochum (Westfalen)...

Ungeachtet dessen wurden am zweiten Tage die Fahndungen nach dem Verbrecher fortgesetzt. 100 bis 200 Angehörige der Landespolizei Pforzheim, Karlsruhe und der Polizeidivision Karlsruhe klemmten die Wälder im Würm- und Nagoldtal systematisch ab...

auf dem Michaelenberg bei Untergrombach am ersten Oktoberfestabend strömten an 2000 Jungmännern und Mädchen herbei. Mit Bannern und Wimpeln traten sie um ein schlichtes Bierkreuz zur Gemeinschaftsmesse...

Elf Spielränge aus Nordbaden erschienen zum „Tag der Handharmonika“ in Wiesental am ersten Oktoberfestabend. Vereine aus Mannheim, Karlsruhe, Durlach, Hockenheim und dem Kreis Bruchsal waren zugegen...

Katzenfellen. Bei ihrem Einbruch in einen Hühnerstall wurden 4 alte, und sechs junge Hühner, ein Truthahn und zwei Enten erwürgt und gestohlen.

Weiterer Mordversuch bei Pforzheim

setzt und verfolgte die Spur bis zu einem Haus in Hohenwart. Der Verbrecher war jedoch auch hier nicht anwesend, so daß lediglich die Bewohnerin dieses Hauses festgenommen werden konnte.

Im Verlauf der Erhebungen fiel ein gewisser Verdacht auf den in Hohenwart wohnhaften Bäcker Hans Riese, ledig, katholisch, geboren am 2. Februar 1909 in Bochum (Westfalen)...

Weiterer Mordversuch bei Pforzheim

Nach dem Raubmord von Huchenfeld wurde am 18. Oktober ein weiterer Mord- und Vergewaltigungsversuch auf eine 33-jährige Flüchtlingstochter im Walde bei Hamburg unternommen...

Der Wald wurde sofort von Mannschaften der Stadt- und Landespolizei systematisch durchkämmt. Eine Streife der Landespolizei fand hierbei eine Hütte, die sich der Täter zur Übernachtung errichtet hatte...

Radio Stuttgart sendet

Freitag, 17. Okt. 8.00 Frühmusik; 8.45 Nachr.; 7.00 Melod.; 8.30 Morgenstund.; 8.00 Haus und Heim; 8.45 Nachr.; 11.00 Kindersend.; 11.35 Kultur-Vorabend; 12.00 Musik z. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik z. Mittagst.; 13.15 Anschlag-

Verwaltung: Helmut Haug, Karlsruhe; Redaktion: Waldstr. 23, Tel. 2055-2053; Anzeigenannahme und Vertrieb: Pa. Bekir, Karlsruhe; Tel. 7354; Zweigstelle Ettlingen, Kronenstr. 5, Tel. 413.

